



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 23.04.2021 bis 30.04.2021

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Deutschen Evangelischen Allianz

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Aserbaidshon: Vetorecht des Staates gegen die Ernennung religiöser Leiter?	3
Deutschland - Bundestag: Regierung sollte sich mehr für Religionsfreiheit einsetzen	4
Indonesien: Kinderlachen und lautes Singen trotz Bedrohung	5
Laos: Pastor zu Haft- und Geldstrafe verurteilt	6
Libanon: Christen haben möglicherweise keinen Ort mehr, an den sie gehen können	7
Malaysia: Muslimische Führer in Malaysia rufen zu religiöser Harmonie auf	8
Nepal: Hardliner-Hindus wollen Registrierung von christlichen Hilfsorganisationen entziehen.	9
PAKISTAN: Verärgerung über die Blockade der Pressekonferenz im Blasphemie-Fall in Pakistan	12
Russland: Führende protestantische Hochschulen verlieren ihre Zulassung als Institutionen des höheren Bildungswesens	13
USA: Joe Biden bezeichnet Massaker an Armeniern als Völkermord	14

# Aserbaidshon: Vetorecht des Staates gegen die Ernennung religiöser Leiter?

F18/AKREF-A/24.4.2021 - Am Nachmittag des 21. April 2021 wurde der Text einer geplanten Änderung des Religionsgesetzes, der bereits am 23. in erster Lesung im Parlament (Milli Majlis) behandelt werden sollte, auf der Website des Parlaments veröffentlicht. Dieser Entwurf sieht vor, dass die Ernennung der Leiter aller nicht islamischen Religionsgemeinschaften der Genehmigung des staatlichen Komitees für die Arbeit mit religiösen Organisationen bedarf. Islamische Kleriker dürften nach dem Gesetzesentwurf nur noch von der Zentralorganisation der kaukasischen Muslime (Qafqaz Məsəlmanları İdarəsi) ernannt werden, wobei ihr Verbleib im Amt alle fünf Jahre nach einer Überprüfung unter Mitwirkung von Beamten des staatlichen Komitees bestätigt werden müsste. Würden die Änderungen des Religionsgesetzes entsprechend dem derzeit vorliegenden Entwurf angenommen, würden alle Moscheen und islamischen Heiligtümer, die über keine von der Zentralorganisation der Muslime ernannten Leiter verfügen, geschlossen. Nicht islamische Gemeinschaften dürften die Registrierung eines religiösen Zentrums (d.h. einer Zentralorganisation) nur dann beantragen, wenn sie über mindestens fünf registrierte Gemeinschaften in mindestens fünf verschiedenen Orten oder Bezirken verfügen. Dieses Ziel wäre für die meisten nicht islamischen Gemeinschaften unerreichbar. Dies betrifft unter anderem Katholiken, Orthodoxe, Baptisten, Lutheraner, Pfingstgemeinden, Juden, Zeugen Jehovas, Bahai und Anhänger der Hare Krishna Bewegung. Gemeinschaften ohne Zentralorganisation dürften ihren Klerikern keine religiösen Titel oder Ränge verleihen, könnten nicht um Erlaubnis ansuchen, Bürger anderer Staaten als religiöse Leiter einzusetzen, sie könnten keine religiösen Bildungseinrichtungen gründen und auch keine Reisen ihrer Gläubigen zu Heiligtümern oder an Orte mit religiöser Bedeutung im Ausland organisieren. Religiöse Massenveranstaltungen im Freien wären strengerer Restriktionen unterworfen als bisher. Sowohl Massenveranstaltungen als auch Pilgerfahrten bedürften einer ausdrücklichen Erlaubnis. Sollten aufgrund der geplanten Gesetzesänderungen Diplome ausländischer Ausbildungsstätten nicht mehr anerkannt werden, wären zahlreiche Gemeinschaften ohne Hirten, denn weder die römisch-katholische, russisch-orthodoxe oder georgisch-orthodoxe Kirche noch die Zeugen Jehovas verfügen über Ausbildungsstätten in Aserbaidshon.

Durch die kurzfristige Publikation war eine Diskussion durch die Zivilgesellschaft unmöglich. Der Menschenrechtsaktivist Elar Zeynalov erklärte gegenüber Forum 18, dass es üblich sei, Entscheidungen in Angelegenheiten, die als wichtig für die Staatssicherheit gelten, ohne öffentliche Debatte zu treffen

Erfreulich ist, dass es seit 2019 weniger Razzien bei Gottesdiensten und in Privatwohnungen gibt und in diesem Zusammenhang auch seltener Geldstrafen verhängt werden als bisher.

Quelle: Forum 18, Oslo (Meldung vom 23. April 2021)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Deutschland - Bundestag: Regierung sollte sich mehr für Religionsfreiheit einsetzen

## Parlament verabschiedet Beschluss zu dem Thema

Berlin (IDEA) – Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, sich verstärkt für weltweite Religionsfreiheit einzusetzen. Das geht aus einem Beschluss hervor, den das Parlament am 23. April mit dem Stimmen von CDU/CSU und SPD verabschiedete. Wie es darin heißt, sollte das 2018 geschaffene Amt des Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit verstetigt werden. Die Bundesregierung hatte 2018 mit Markus Grübel (CDU) ihren ersten Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit ernannt. Er erstellt für die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die weltweite Situation der Religionsfreiheit. Ferner sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das Amt eines EU-Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union zeitnah neu besetzt wird. Hintergrund: Im Mai 2016 hatte der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, das Amt geschaffen. Das Mandat des ersten Amtsinhabers, des Slowaken Jan Figel, war Ende Oktober 2019 ausgelaufen. Die EU-Kommission hatte erst angekündigt, den Posten nicht neu zu besetzen. Im Juli 2020 entschied die EU-Kommission dann, das Amt des EU-Sonderbeauftragten doch fortzuführen. Weiter heißt es in dem Beschluss, dass sich die Bundesregierung insbesondere in der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Außenwirtschafts- und Handelspolitik für die Umsetzung und Einhaltung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit einsetzen sollte. Ferner sollte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Kooperation mit Religionsgemeinschaften verstärkt werden, „um ihre friedensstiftenden Potenziale zu fördern und gemeinsam zu nutzen“.

## Gröhe (CDU): In der Debatte ist kein Platz für ein islamophobes Feindbild

In der Bundestags-Debatte um den Beschluss und den im Oktober vorgelegten zweiten Bericht zur weltweiten Religionsfreiheit sagte der CDU-Abgeordnete Hermann Gröhe, dass in vielen muslimisch geprägten Ländern die Freiheit religiöser Minderheiten eingeschränkt sei. Islamischer Terror richte sich gegen angebliche „Ungläubige“, Liberale der eigenen Religionsgemeinschaft und gegen Frauen. Gröhe betonte gleichzeitig, dass für ein islamophobes Feindbild in der Debatte um Religionsfreiheit kein Platz sei. Jürgen Braun von der AfD äußerte, dass in dem Bericht der Regierung das Thema Christenverfolgung versteckt werde. Christen würden in fast allen islamischen Ländern verfolgt. Er kritisierte ferner, dass der islamische Antisemitismus in Deutschland in dem Bericht nicht vorkomme. Er verwies auf ein Zitat aus der Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“: „Sieg-Heil-Rufe von Arabern werden in Berlin als politisch motivierte Kriminalität mit rechtsextremem Hintergrund gewertet.“ Die SPD-Abgeordnete Aydan Özoguz sagte, dass ihr insbesondere China Sorgen mache. Es gebe dort viele Formen religiöser Diskriminierung und Verfolgung. Umerziehungslager, etwa für Uiguren, seien eine dramatische und menschenverachtende Entwicklung. Das müsste viel größere Beachtung finden.

## Nastic (Die Linke): Auch Polen in den Bericht aufnehmen

Vertreter der FDP, der Grünen und der Linken forderten eine Ausweitung des Berichts der Bundesregierung. Auch Deutschland und die EU müssten darin systematisch untersucht werden. Peter Heidt von der FDP sprach sich zudem für eine stärkere Beachtung der Situation von Nichtgläubigen in dem Bericht aus. Diese Gruppe sei eine kontinuierlich wachsende Minderheit.

Zaklin Nastic (Die Linke) plädierte dafür, westliche Industriestaaten in den Bericht zur Religionsfreiheit aufzunehmen. Nastic: „Wir sehen das doch an dem Beispiel unseres Nachbarlandes Polen – meiner Heimat.“ Dort habe sich ein Bündnis aus „strikt-konservativen Katholiken, Evangelikalen und der rechtsradikalen nationalistischen PIS-Partei“ mittlerweile nicht nur offen gegen LGBTIQ ausgesprochen, sondern habe auch das Selbstbestimmungsrecht von ungewollt Schwangeren abgeschafft. Zudem sei in Polen Hass gegen Muslime, Zeugen Jehovas, aber auch Antisemitismus mittlerweile weit verbreitet. Die katholische Kirche übe eine massive soziale Kontrolle aus. Der Grünen-Abgeordnete Kai Gehring forderte, das Amt des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung zu stärken und aufzuwerten. Religionsfreiheitsrechte könnten nicht unabhängig von anderen Menschenrechten betrachtet werden. Es müsse auch um Kinder- und Frauenrechte sowie um Versammlung-, Meinungs- und Pressefreiheit gehen: „Denn die Verletzung der Religionsfreiheit geht häufig einher mit der Verletzung anderer Freiheitsrechte. Wer bei den Menschenrechten Rosinen pickt, verspielt Glaubwürdigkeit.“

*(idea/23.04.2021)*

# Indonesien: Kinderlachen und lautes Singen trotz Bedrohung

## Besuch bei den Christen von Lemban Tongoa – Gottes Werk der Wiederherstellung hat begonnen

(Open Doors, Kelkheim)/ 28.04.2021 – Vier Monate nach der [Ermordung](#) von vier Christen in dem Dorf Lemban Tongoa auf der indonesischen Insel Sulawesi waren unsere lokalen Partner erneut vor Ort. Sie führten ein Seminar zum Umgang mit Verfolgung durch und konnten mit den Angehörigen der Ermordeten sprechen. Ein Höhepunkt war die Grundsteinlegung für ein neues Gemeindehaus – finanziert durch unsere Unterstützer.

## Zurück am Ort des Geschehens – die Gefahr für Christen besteht weiter

Beim letzten Besuch unserer Partner in Lemban Tongoa war der grausame Überfall vom 27. November erst wenige Tage her und die Spuren der Verwüstung noch gut sichtbar. Mittlerweile sind die Bewohner in einen anderen Ortsteil umgezogen – zur eigenen Sicherheit, aber auch wegen der schwer erträglichen Erinnerungen. Als unsere Partner im März die beschwerliche Fahrt erneut auf sich nahmen, konnten sie zwölf neu errichtete Häuser in Augenschein nehmen. Sie wurden kurz darauf an die Christen in Lemban Tongoa übergeben, um ihnen einen Neuanfang zu ermöglichen. Diesem Ziel diente auch das Seminar „Feststehen im Sturm“, zu dem unsere Partner einluden. Das Seminar zog Teilnehmer vieler unterschiedlicher Konfessionen an. Dabei wurden Themen wie der Umgang mit Leid und Vergebung behandelt, aber auch die eigenen Rechte als Christen im Rahmen der Religionsfreiheit. Für die Kindermitarbeiter wurde eine gesonderte Schulung angeboten.

Aber obwohl die Christen einen lebhaften Gottesdienst mit lautem Singen feierten, während draußen die Kinder lachten und spielten, droht ihnen weiter Gefahr: Anfang März wurden zwei Mitglieder der Islamistengruppe, die den Überfall verübt hat, bei einem Schusswechsel von Sicherheitskräften getötet; die Behörden befürchten Vergeltungsaktionen und wiesen daraufhin Christen für einige Wochen an, sich von ihren Feldern fernzuhalten. Dem örtlichen Geistlichen der Heilsarmee wurde Personenschutz angeboten, weil bekannt wurde, dass Nachforschungen nach ihm betrieben worden waren.

Voraussichtlich im Juli wird die kleine Gemeinschaft ihre Gottesdienste in einer eigenen Kirche feiern können. Der Grundstein für das neue Gebäude wurde während des Besuchs gelegt. Die dafür nötigen Mittel konnten wir dank der Hilfe von zahlreichen Unterstützern zur Verfügung stellen.

## Herausforderungen einer jungen Witwe

Eine der Teilnehmerinnen des Seminars war Srikandi, die bei dem Angriff die Ermordung ihres Mannes und ihres Vaters mitansehen musste. Zum Zeitpunkt des Besuchs wohnten sie und ihre drei Kinder bei Verwandten. Als Witwe hat sie es schwer, ihre Arbeit und die Versorgung ihrer Kinder zu vereinen. „Mit der Spende, die ich bekommen habe, habe ich zwei Hektar Land gekauft. Dort habe ich einige Kakaobäume gepflanzt. Das Problem ist, dass ich es alleine bewirtschafte. Niemand hilft mir, und ich muss meine Kinder bei meiner Familie lassen, während ich auf dem Feld arbeite.“ Die Kinder vermissen ihren Vater. „Sie bitten mich, sie niemals zu verlassen, denn sie haben bereits ihren Vater verloren.“ Doch das sind nicht die einzigen Mühen, mit denen Srikandi zu kämpfen hat. Den Tätern zu vergeben, stellt für sie eine bleibende Herausforderung dar. Sie sagt: „Wenn sie bereuen und bedauern, was sie getan haben, dann werde ich ihnen verzeihen.“ Nach allem, was sie durchlebt hat, braucht Srikandi weiterhin unsere Gebetsunterstützung.

Quelle: [https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/indonesien-kinderlachen-und-lautes-singen-trotz-bedrohung?pk\\_campaign=GM&pk\\_kwd=20210428](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/indonesien-kinderlachen-und-lautes-singen-trotz-bedrohung?pk_campaign=GM&pk_kwd=20210428)

# Laos: Pastor zu Haft- und Geldstrafe verurteilt

## Er hatte Gottesdienste ohne Genehmigung der Regierung abgehalten

Vientiane (IDEA) – Im kommunistisch regierten Laos hat ein Gericht den Pastor Sithon Thippavong zu einem Jahr Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet etwa 350 Euro verurteilt. Das berichtete das Hilfswerk Open Doors. Der 35-Jährige war am 15. März 2020 in der südlichen Provinz Savannakhet verhaftet worden, weil er Gottesdienste ohne Genehmigung der Regierung abgehalten hatte. Das Gericht sprach ihn wegen „Störung der Einheit“ und „Schaffung von Unordnung“ schuldig. Aufgrund der Zeit in Untersuchungshaft wurde er drei Tage nach Verkündung des Urteil freigelassen. Wie Open Doors durch örtliche Kontaktpersonen erfuhr, musste der Pastor vor der Entlassung aber ein Dokument unterschreiben, in dem er versprach, bis März 2022 nicht zu predigen oder andere christliche Aktivitäten zu organisieren. Die Regierung in Laos überwacht christliche Aktivitäten stark. Alle Versammlungen müssen den Behörden gemeldet werden. Deshalb sind Hauskirchen gezwungen, im Geheimen zu agieren, da ihre Treffen als „illegale Versammlungen“ betrachtet werden. Sogar 75 Prozent der Gemeinden der offiziell anerkannten evangelischen Kirche „Lao Evangelical Church“ (LEC) haben keine dauerhaften Kirchengebäude und führen ihre Gottesdienste in Wohnungen durch. Die LEC beklagt, dass Gemeinden große Schwierigkeiten haben, Baugenehmigungen von den lokalen Behörden zu erhalten. Ende 2019 hatte die Regierung im Rahmen eines neuen Gesetzes („Law on the Evangelical Church“) Christen das Recht zugesichert, sich zu Gottesdienst und Gebet zu treffen. Das südostasiatische Land hat 7,2 Millionen Einwohner. Davon sind 53 Prozent Buddhisten, 42 Prozent Anhänger ethnischer Religionen und drei Prozent Christen.

# Libanon: Christen haben möglicherweise keinen Ort mehr, an den sie gehen können

International Christian Concern/27.04.2021 – Die Korruption der Regierung, die Destabilisierung der Währung und die jüngsten Ereignisse wie die Explosionen in Beirut treiben den Libanon weiter in die finanzielle Ungewissheit und in die Gefahr des Staatszerfalls. Das würde bedeuten, dass die Christen im Nahen Osten keinen sicheren Zufluchtsort mehr haben. Der Libanon hat eine fast 40%ige christliche Bevölkerung und beherbergt christliche Minderheiten, die vor Konflikten in anderen Teilen der Region fliehen.

Da das Land vor dem finanziellen Aus steht, ziehen internationale Banken ihre Geschäfte zurück. Hilfsorganisationen warnen, dass dem Libanon eine komplette Staatspleite bevorstehen könnte, ein finanzieller Zusammenbruch, der internationale und westliche Märkte beeinflussen würde. Experten empfehlen, dass die Stabilisierung der Währung der beste erste Schritt wäre. Der Libanon wird üblicherweise als Vermittler zwischen dem christlichen Westen und dem islamischen Nahen Osten gesehen und rühmte sich bisher mit seiner vorbildlichen finanziellen Stabilität.

Nach der Explosion in Beirut im August 2020 versuchten viele Christen, das Land zu verlassen, um ein neues Leben zu beginnen. Eine Hilfsorganisation, IDC, schätzt, dass etwa 60 % der libanesischen Bürger unterhalb der Armutsgrenze leben. Während die Christen vor der Verfolgung in anderen Ländern fliehen, entzieht sich ihnen im Libanon weiterhin die wirtschaftliche und politische Stabilität.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.or](http://www.persecution.or)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Malaysia: Muslimische Führer in Malaysia rufen zu religiöser Harmonie auf

International Christian Concern/24.04.2021 - Kürzlich haben religiöse Führer in Malaysia zu religiöser Harmonie und nationaler Einheit in dem überwiegend muslimischen Land aufgerufen, da radikale Muslime mehr Feindseligkeit gegenüber religiösen Minderheiten, insbesondere Christen, an den Tag legen.

Laut UCA News hat Zulkifli Mohamad AL-Bakri, Minister im Ressort des Premierministers (religiöse Angelegenheiten), alle Malaysier aufgefordert, sich für eine pluralistischere Gesellschaft einzusetzen.

Der Minister sagte der Malaysian National News Agency: "In Malaysia ist der Islam als die Religion der Föderation festgeschrieben, aber die Religionsfreiheit wird schon seit langem praktiziert." Er fügte hinzu: "Dieses Recht ist in der Bundesverfassung verankert, nicht nur für den Islam, sondern auch für andere Religionen, solange es nicht den Frieden stört, Unannehmlichkeiten verursacht oder zu Schaden gegenüber einer Partei führt."

Shah Kirit Kakulal Govindji, Präsident des Global Unity Network, einer islamischen Organisation, die "Einheit durch Wissen" fördert, unterstützte ebenfalls die Aussage des Ministers.

"Die Einstellung und die Vorgehensweise, auf andere Religionen herabzusehen oder sie zu beleidigen, sollte in Malaysia nicht existieren", sagte der Glaubensführer. "Wir müssen das Recht auf Religionsfreiheit, das in diesem Land garantiert ist, respektieren und achten."

Letzten Monat entschied der Oberste Gerichtshof Malaysias, dass Christen im mehrheitlich muslimischen Malaysia das Wort "Allah" in Veröffentlichungen verwenden dürfen, was viele radikale Muslime in Aufruhr versetzte. ICC berichtete, dass eine muslimische Frau online aggressiv antichristliche Drohungen aussprach. Ein vom Islamischen Rat von Selangor veröffentlichtes Buch mit dem Titel "Christliche Agenda entlarven", ist ebenfalls online wieder aufgetaucht. Darin wird behauptet, dass Muslime "von christlichen Evangelisten gestört" würden, die versuchten, Apostasie unter Muslimen zu forcieren.

Während Malaysia im Allgemeinen die Religionsfreiheit respektiert, sind die muslimischen Behörden sehr gegen den Übertritt zu anderen Religionen, insbesondere für ethnische Malaien, da bei ihnen davon ausgegangen wird, dass sie von Geburt an Muslime sind.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.or](http://www.persecution.or)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKRE



# Nepal: Hardliner-Hindus wollen Registrierung von christlichen Hilfsorganisationen entziehen.

HYDERABAD, India/IIRF-D/[Morning Star News](#) – Mit einem Winkelzug um die Registrierung christlicher Organisationen zu entziehen und ihren Einfluss zu schrumpfen, haben Hindu-Extremisten in Nepal ein Dokument gefälscht, als ob es von christlichen Gruppen stamme. Im gefälschten Dokument werden die christlichen Gruppen so dargestellt, als ob sie ethnische Spaltungen anstrebten, um Konvertiten zu gewinnen, so die Quellen. Das Dokument, das fälschlicherweise der Nepal Christian Society und der National Churches Fellowship of Nepal zugeschrieben wird, behauptet, dass Bekehrungen zum Christentum nur dann möglich seien, wenn sie Spaltungen in der Oberkaste der Brahmanen und der Chhetri-Gemeinschaft verursachen könnten, sagte Mukunda Sharma, Exekutivsekretär der Nepal Christian Society.

Nachdem das gefälschte Dokument in den sozialen Medien viral ging, nutzten Mitglieder der hindu-nationalistischen Rastriya Prajatantra Party (RPP) es, um zu fordern, dass Registrierungen von christlichen Wohltätigkeitsorganisationen annulliert werden, sagte Sharma.

Berichten zufolge erschien das gefälschte Dokument zuerst am 5. April auf den Facebook-Accounts von Hindu-Nationalisten und verbreitete sich bald darauf viral. Es beginnt mit der Aussage, dass die Anerkennung der Khas-Arya-Gruppierung von Hochkastigen in der nepalesischen Verfassung "und die vorherrschenden Gesetze Nepals" "traurig für die christliche Gemeinschaft" seien.

"In einer solch komplexen Situation erscheinen christliche Konversionen schwierig", heißt es in dem Dokument.

Weiter wird vorgeschlagen, die Brahmanen für die kommende Volkszählung in Khas-Arya und Khas-Masto, oder diejenigen, die die Hindu-Gottheit Masto verehren, zu unterteilen.

"Um das Umfeld für glaubensbasierte Konversionen zu erleichtern, wurden gemeinsame Treffen christlicher Nichtregierungsorganisationen abgehalten, um Strategien zu entwickeln, um die Brahmanen-Gemeinschaft in Khas-Arya und die Chhetri-Gemeinschaft in Khas-Masto zu trennen und, so wird es in diesem gemeinsamen Appell mitgeteilt," heißt es in dem gefälschten Dokument, das aus dem Nepali übersetzt wurde.

Sharma sagte, das Dokument sei Teil eines gut durchdachten Plans, um die Christen in ein schlechtes Licht zu rücken.

"Die angebliche Pressemitteilung verbreitet die falsche Information, dass die Menschen der christlichen Gemeinschaft aufgefordert wurden, Khas in der Spalte der Kaste und Masta in der Spalte der Religion zu erwähnen, wenn die Datensammler die christlichen Häuser für den bevorstehenden Volkszählungsbericht besuchen", sagte Sharma zu Morning Star News. "Es gab nie eine Diskussion über Kaste oder Konversionen, und wir hatten nie solche Pressemitteilungen herausgegeben."

Das Dokument vom 5. April behauptet fälschlicherweise, dass die United Mission to Nepal (UMN), eine christliche Nichtregierungsorganisation, die Nepal Christian Society und die National Churches Fellowship of Nepal bei der Erfüllung ihrer Mission unterstützt.

"Unter der diplomatischen Rolle und Führung der UMN wurde die World Masta Federation gegründet", heißt es fälschlicherweise.

Die Leiter der United Mission to Nepal haben die Behauptungen des Dokuments in den sozialen Medien widerlegt und Hindu-Extremisten identifiziert, die damit den Ruf von UMN zu diffamieren versuchen. Vertreter der Nepal Christian Society und der National Churches Fellowship of Nepal haben sich an die nepalesische Cybersicherheitsabteilung gewandt, um gegen die an dem gefälschten Dokument Beteiligten zu klagen, so Sharma.

"Die Polizeibeamten kamen mündlich zu dem Schluss, dass die Führer der Hindu-nationalistischen politischen Partei das Dokument gefälscht haben, aber sie haben sich geweigert, ein Verfahren einzuleiten und gegen sie vorzugehen", sagte Sharma. "Daher haben die beiden Organisationen beschlossen, eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, in der sie die Behauptungen widerlegen."

Die Täter scheinen eine gemeinsame Pressemitteilung der beiden christlichen Organisationen vom 15. Juli 2019 mit Photoshop bearbeitet zu haben, um das Dokument zu fälschen, sagte er.

Nachdem ein nepalesischer Journalist das gefälschte Dokument auf Twitter geteilt hatte, retweetete RPP-Chef Kamal Thapa es und forderte den Premierminister auf, Maßnahmen zu ergreifen.

"Dies ist ein anschauliches Beispiel für organisierte/geplante Konversion, die seit einigen Jahren stattfindet", twitterte Thapa. "Die Verfassung hat organisierte Konversion für strafbar erklärt. Solche Handlungen, die die nationale Identität zerstören und die kulturelle Harmonie stören, sollten sofort in Übereinstimmung mit dem Gesetz behandelt werden."

### **Drangsalierung durch Fake-Polizei**

Die Fehlinformation kommt zu einem Zeitpunkt, an dem hindu-nationalistische Führer in Nepal eine Kampagne zur Wiederherstellung Nepals als Hindu-Königreich führen.

Eine Übergangsverfassung aus dem Jahr 2007 etablierte eine säkulare Demokratie, und die Monarchie wurde 2008 offiziell abgeschafft. Trotz der COVID-19-Beschränkungen haben Anhänger der hindu-nationalistischen RPP seit November Kundgebungen abgehalten und die Wiederherstellung Nepals als Hindu-Königreich gefordert.

Während Nepal seine nächste Volkszählung plant, haben hindu-nationalistische Gruppen versucht, Spaltungen in dem Himalaya-Land zu verursachen, sagte Sharma.

"Die Agenda der regierenden BJP [Bharatiya Janata Party] in Indien hat die ehrgeizigen politischen Parteien beeinflusst, die hier in Nepal an die Macht kommen wollen", sagte er. "Während sich das Land auf die Volkszählung vorbereitet, wollen sie in den Köpfen der nepalesischen Bevölkerung Missverständnisse über das Christentum und die Verbreitung des Evangeliums erzeugen."

Hindu-nationalistische Parteiführer und Unterstützer haben die Streichung der Religionsfreiheitsklauseln aus der Verfassung gefordert, und Kirchenführer befürchten, dass die Extremisten Wege finden werden, die Repräsentation der Christen bei der Volkszählung zu verringern, sagte er.

"Sie wissen sehr wohl, dass die Christen ihre Repräsentation als Minderheit verlieren würden, wenn sie durch Kasten gekennzeichnet werden, wie in der gefälschten Pressemitteilung erwähnt", sagte Sharma. "In diesem Stadium sind die Zahlen für uns wichtig, um zu sagen, dass wir existieren und fordern, dass die säkularistischen Ideale, die in der Verfassung verankert sind, aufrechterhalten werden."

Ein weiterer Aspekt der christenfeindlichen Kampagne besteht darin, dass als Polizisten verkleidete Zivilisten Kirchen in verschiedenen Provinzen besuchen; die falschen Beamten bringen Dokumente mit, um den Eindruck zu erwecken, sie seien im offiziellen Dienst, sagte er. Leiter von 20 Kirchen riefen im März die Nepal Christian Society an und äußerten ihre Besorgnis über die Verhöre.

"Sie quälen die Pastoren mit Fragen - 'Wann wurde die Kirche gegründet? Wie haben Sie das Grundstück erworben? Wie viele Menschen besuchen die Gottesdienste? Wer ist der Pastor hier? Woher bekommen Sie die Mittel? Wie hoch ist das Einkommen des Pastors? Wie viel Opfergaben sammeln Sie jede Woche ein? Finden Bekehrungen statt, wie viele haben sich bekehrt, usw.", sagte Sharma zu Morning Star News.

Die Leiter der Nepal Christian Society erkundigten sich sofort beim Innenministerium über die Besuche und erfuhren, dass die Beamten eine solche Befragung der Pastoren nicht angeordnet hatten, sagte er.

Nepals Verfassung erklärt das Land zu einem säkularen Staat, definiert aber Säkularismus als "Schutz der uralten Religion und Kultur und religiöse und kulturelle Freiheit". So scheint die Definition von "säkular" in Nepals Verfassung von 2015 den Hinduismus zu schützen, und Artikel 26 verbietet es jedem, "eine Person einer Religion zu einer anderen Religion zu bekehren oder die Religion anderer Menschen zu stören."

Interessengruppen haben eine verstärkte Durchsetzung und andere antichristliche Bemühungen festgestellt, da die Behörden versuchen, die Hindus zu besänftigen, die darüber verärgert sind, dass die neue Verfassung dem Hinduismus nicht wieder einen prominenteren Platz einräumt. Nepal ist ein Binnenland zwischen den Giganten Indien und China und soll zu mehr als 75 Prozent hinduistisch und zu 16 Prozent buddhistisch sein. Christen machen schätzungsweise fast 3 Prozent der nepalesischen Bevölkerung aus, Muslime 4,4 Prozent.

Eine Zunahme der Verfolgung von Christen in Nepal begann, nachdem im Oktober 2017 ein neues Strafgesetzbuch verabschiedet wurde, das im August 2018 in Kraft trat. Durch die Kriminalisierung von Konversionen hat Nepal gegen das Grundrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit verstoßen, das nicht nur in seiner Verfassung garantiert ist, sondern auch durch mehrere internationale Pakte gesichert ist, so ADF-International.

Nepal steht auf der Weltwarnliste 2021 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors auf Platz 34 der Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Quelle: <https://morningstarnews.org/2021/04/campaign-launched-to-discredit-christian-groups-in-nepal/>

# PAKISTAN: Verärgerung über die Blockade der Pressekonferenz im Blasphemie-Fall in Pakistan

**Kirchenvertreter sagen, dass ein fingierter Fall gegen christliche Krankenschwestern unter öffentlichem Druck registriert wurde**

AKREF/24.4.2021 - Katholische Beamte und Anwälte in Pakistan sind verärgert darüber, dass sie nach der Verhaftung von zwei christlichen Krankenschwestern wegen angeblicher Blasphemie keine Pressekonferenz abhalten durften.

Am 9. April wurden die Krankenschwester Mariam Lal und die Krankenpflegeschülerin Newish Urooj von der Polizei festgenommen, nachdem Dr. Mirza Muhammad Ali vom Zivilkrankenhaus in Faisalabad eine erste Anzeige nach Abschnitt 295-B des Blasphemiegesetzes erstattet hatte, in der er sie beschuldigte, einen Aufkleber mit der Aufschrift "Durood Shareef", einer Anrede für den Propheten Muhammad, zerkratzt zu haben.

"Wir verurteilen aufs Schärfste die Bezirksverwaltung von Faisalabad, die sich unnötig eingemischt und ihre Autorität missbraucht hat, um unsere Pressekonferenz zu verschieben. Der fingierte Fall wurde unter öffentlichem Druck registriert. Wir wollten neue Fakten aufdecken, rechtliche Schritte gegen Unruhestifter fordern und Gerechtigkeit einfordern", sagte die Minorities Alliance Pakistan in einer Pressemitteilung, die am 15. April in den sozialen Medien veröffentlicht wurde.

"Die katholische Diözese von Faisalabad wollte sich unserem juristischen Team anschließen, um den Fall unserer Nation zu präsentieren und ein Ende des Missbrauchs der Blasphemiegesetze zu fordern. Es ist illegal und verfassungswidrig, unsere Stimmen der Wahrheit und Fairness zu unterdrücken."

Nach der Absage der Konferenz hielt Pater Abid Tanveer, Generalvikar der Diözese Faisalabad, ein Treffen mit Anwälten der Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (NCJP) ab, dem Menschenrechtsgremium der Kirche in Pakistan.

## *Die Familien der Krankenschwestern sind untergetaucht*

"Die NCJP bietet den Opfern rechtlichen Beistand und bereitet derzeit den Papierkram sowie die Aufnahme der Zeugenaussagen vor. Die Familien der Krankenschwestern sind untergetaucht. Sogar ihre Nachbarn sind umgezogen", sagte Pater Tanveer gegenüber UCA News.

"Die zeitnahe Pressekonferenz war unser gesetzlich garantiertes Rederecht. Es war kein Protest geplant. Wir fordern die Bildung eines Komitees auf Bezirksebene, um den Fall zu untersuchen. Der Staat selbst sollte in Blasphemie-Fällen Partei werden."

Blasphemie ist ein hochsensibles Thema im zutiefst konservativen Pakistan, wo bloße Anschuldigungen zu außergerichtlichen Tötungen und Mobgewalt geführt haben.

Das Muttahida Ulema Board, ein Regierungsgremium, prüft den Fall der christlichen Krankenschwestern.

"Ich bin in Kontakt mit der christlichen Gemeinde und der örtlichen Verwaltung. Die Entscheidung wird nach dem Gesetz erfolgen. Wir werden den Missbrauch des Blasphemiegesetzes nicht zulassen. In den vergangenen sechs Monaten ist das Blasphemiegesetz nicht ein einziges Mal missbraucht worden", sagte Präsident Tahir Mehmood Ashrafi.

# Russland: Führende protestantische Hochschulen verlieren ihre Zulassung als Institutionen des höheren Bildungswesens

F18/AKREF-A/24.04.2021 - Am 6. April, zwei Tage nachdem die Evangelisch-Lutherische Kirche des Ingermanlandes (Ingria) mit Hauptsitz in Sankt Petersburg das Osterfest begangen hatte, wurde ihrem theologisches Institut die Zulassung als Institution des höheren Bildungswesens entzogen. Das theologische Seminar einer anderen lutherischen Kirche, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland bekämpft den Entzug der Zulassung für das höhere Bildungswesen über Schiedsgerichte. Bereits 2020 hatte das staatliche Bildungsinspektorat Rosobrnadzor beiden Hochschulen untersagt, Studenten für Diplomstudiengänge aufzunehmen und deren Zulassungen suspendiert. Zwei weiteren wesentlichen Bildungsinstitutionen der russischen Protestanten, die wichtigsten Hochschulen des Baptistenbundes und des Bundes der Pfingstgemeinden hatten ebenfalls durch Verbote der Aufnahme von Studenten und Suspendierungen und Annullierungen ihrer Zulassungen als Institutionen des höheren Bildungswesens zu leiden. Dem Eurasischen Theologischen Seminar des Bundes der Pfingstgemeinden wurde ab Juni 2018 die Aufnahme von Studenten für zertifizierte Kurse untersagt. Das theologische Seminar des Baptistenbundes in Moskau teilte dieses Schicksal ab Februar 2019, das theologische Institut der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Ingermanland ab Oktober 2019 und das Theologische Seminar der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Russland ab Dezember 2019. Bisher hat Forum 18 keine Kenntnis von Versuchen erlangt, höheren Bildungsanstalten anderer Religionsgemeinschaften die Zulassung zu entziehen.

Die Suspendierungen und der Entzug der Zulassungen gehen auf Routineüberprüfungen von Rosobrnadzor zurück, bei denen die Inspektoren von den religiösen Bildungseinrichtungen erwarten, die Bildungsstandards der Föderation einzuhalten, wozu sie nicht verpflichtet sind.

Die Entscheidungen der Inspektoren von Rosobrnadzor vor Gericht anzufechten kostet Zeit und Geld, das die Institutionen viel lieber der Ausbildung ihrer Studenten widmen würden. Mindestens zwei Institutionen, dem theologischen Seminar des Baptistenbundes in Moskau und dem Eurasischen Theologischen Seminar ist es gelungen, neue Zulassungen zu erwirken, allerdings für ein niedrigeres Bildungsniveau. Die Evangelisch-Lutherische Kirche des Ingermanlandes wird möglicherweise denselben Weg einschlagen müssen, wenn es ihr nicht gelingt, eine neue Zulassung für das höhere Bildungswesen zu erwirken. Das bringt zwar nach Auffassung der betroffenen Institutionen keinen Nachteil bezüglich ihres Studienangebots an die Studenten, doch dieser Status für das niedrigere Bildungsniveau wird diese Institutionen möglicherweise daran hindern, Klerikern mit ausländischen Studienabschlüssen eine Zusatzausbildung anzubieten, die nach den geänderten Bestimmungen des Religionsgesetzes, die am 3. Oktober in Kraft treten, erforderlich sein wird. Es ist unklar, wie oder wo das Personal einer Religionsgemeinschaft, die über keine Bildungseinrichtung in Russland verfügt, diese Zusatzausbildung absolvieren soll.

Religiöse Bildungseinrichtungen sind nicht verpflichtet, die staatliche Akkreditierung anzustreben. Viele von ihnen, darunter die wesentlichsten Seminare des Baptistenbundes, des Bundes der Pfingstgemeinden, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Ingermanland und der römisch-katholischen Kirche, sowie einige islamische Hochschulen funktionieren bereits seit Jahren ohne Akkreditierung. Religiöse Institutionen, die sich dafür entschieden haben, keine staatlich akkreditierten Lehr- bzw. Studiengänge anzubieten, müssen sich lediglich nach ihren eigenen internen Anforderungen richten. Der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation hat 2008 entschieden, dass eine staatliche Zulassung für Bildungsaktivitäten nur dann erforderlich ist, wenn damit die Bescheinigung verbunden ist, dass die Absolventen das vom Staat vorgeschriebene Bildungsniveau erlangt haben. Allerdings verlangen viele religiöse Organisationen für die Ordinierung als Kleriker oder für eine Lehrtätigkeit einen staatlich anerkannten Studienabschluss.

Quelle: Forum 18, Oslo (Meldung vom 16. April 2021)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# USA: Joe Biden bezeichnet Massaker an Armeniern als Völkermord

Washington (IDEA)/ 26.04.2021 – US-Präsident Joe Biden hat den Massenmord an bis zu 1,5 Millionen Armeniern im islamischen Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs als Völkermord bezeichnet. Das geht aus einer Mitteilung des Weißen Hauses zum Gedenktag an die damaligen Ereignisse hervor.

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu warnte, dass diese Erklärung den Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten schade. „Wir müssen uns von niemandem über unsere eigene Geschichte belehren lassen.“ Die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF/Washington) hingegen begrüßte den Schritt Bidens.

Auch das Hilfswerk „International Christian Concern“ (ICC/Washington) lobte laut der Internetzeitung „Christian Post“ Bidens Erklärung. Er sei der erste Präsident seit Ronald Reagan (1911–2004), der den Genozid auch als solchen bezeichne. Bidens Vorgänger im Amt hätten darauf verzichtet, weil die Türkei Druck ausgeübt habe.

Die Erklärung sei bedeutsam, weil die türkische Regierung bis heute keine Verantwortung übernommen habe. Dadurch sei es ihr möglich, erneut eine „genozidale“ Politik gegenüber den Armeniern im Zusammenhang mit dem Konflikt in Berg-Karabach zu verfolgen.

Matias Perttula von dem Hilfswerk ICC äußerte in diesem Zusammenhang, dass die armenischen Christen aufgrund des Völkermords von 1915 weiterhin litten. Die USA seien „es der armenischen Gemeinschaft schuldig, in Solidarität an ihrer Seite zu stehen, indem sie ihr Leiden anerkennen.“ Als „Erben der ältesten christlichen Nation“ bildeten die Armenier einen wichtigen Teil der weltweiten Christenheit und verdienten es, frei von Verfolgung zu leben, so Perttula.

Hintergrund: Armenien und Aserbaidschan führten 2020 einen Krieg um die überwiegend von christlichen Armeniern bewohnte Region Berg-Karabach. Sie gehört völkerrechtlich zum muslimisch geprägten Aserbaidschan, wurde aber seit 1994 von Armenien kontrolliert. Seit dem Ende des Konflikts im November 2020 steht der Großteil des Gebiets wieder unter aserbaidschanischer Verwaltung.

Quelle: Idea Schweiz

[https://www.ideaschweiz.ch/artikel/joe-biden-bezeichnet-massaker-an-armeniern-als-voelkermord?tx\\_felogin\\_login%5Baction%5D=login&tx\\_felogin\\_login%5Bcontroller%5D=Login&cHash=088b0e9a76b4fcf66a2d3c0659682e84](https://www.ideaschweiz.ch/artikel/joe-biden-bezeichnet-massaker-an-armeniern-als-voelkermord?tx_felogin_login%5Baction%5D=login&tx_felogin_login%5Bcontroller%5D=Login&cHash=088b0e9a76b4fcf66a2d3c0659682e84)

**Disclaimer:** Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]